

Sagen, was Sache ist.



Wir sind Europa!

Nr. 187

erscheint monatlich

1. Mai 2009

Mitteilungsblatt des SPD-Ortsvereins Ehingen / Donau und Umgebung

“Wer [grundsätzlich] gegen Politik ist. ist für die Politik, die mit ihm gemacht wird.”  
Bertolt Brecht (1898 - 1956)

Kommunal- und Kreistagswahlen

## Unsere Kandidatinnen und Kandidaten

### Gemeinderat Ehingen

#### **Kernstadt**

- Georg Mangold
- Stephanie Bernickel
- Gottfried Dirmeier
- Wolf-Rüdiger Stummer
- Niwin Boulos
- Manfred Hucker
- Stefan Enderle
- Elisabeth Vögele
- Alexander Siebert
- Katja Novatchkova
- Tonino Giuliano
- Helene Neimann
- Hüseyin Azak
- Rimm Anday
- Helmar Hübner
- Angelika Markert
- Piero Sabia
- Karl-Heinz Markert

#### **Nasgenstadt**

- Joachim Schmucker
- Kerstin Ersing
- Dieter Volgnandt

#### **Alb**

- Roland Schmitz

#### **Rißtissen**

- Wolfgang Hauler

#### **Kirchen**

- Lutz Deckwitz
- Wilfried Maier

#### **Pfarrei**

- Armin Huber

### Kreistag Alb-Donau

- Klara Dorner
- Wolf-Rüdiger Stummer
- Stefan Enderle
- Joachim Schmucker

### Was gibt's diesmal?

- 2 Liebe Leser/-innen!  
Wir gratulieren | Impressum
- 3 Kontakte | April! April!
- 4 Mehr Demokratie wagen
- 5 Wir sind Europa
- 6 Arbeiterrat Rottenacker ...
- 7 Stephanie Bernickel ...  
Ein bisschen europäisch lachen ...
- 8 Damals im Mai
- 10 Notizen aus der Kreistagsarbeit
- 11 Versorgung psychisch kranker  
Menschen verbessern
- 12 Es stand vor 10 Jahren ...  
(A)bgestimmt - wie?
- 13 Protokoll Dienstagstreff
- 14 (R)umgefragt
- 15 Sehr geehrter Herr Mangold ...
- 16 Der Kunde ist der Depp
- 17 (L)eserpost
- 18 Charta der Grundrechte  
der Europäischen Union
- 19 Blick über den Zaun
- 20 Termine, Hinweise u. a.

Adress-  
Aufkleber

weiter auf Seite 3 →→→

**EU-D-89584 Ehingen / Donau und Umgebung**



## Liebe Leserinnen und Leser!

### Politisch eingefädelt oder Umsatz vor Anstand?

Zur Nominierung der Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl: Es war noch ein Last-Minute-Angebot eingegangen, im Ehinger Tagblatt genau am Tag der Nominierung massiv unterstützt von Andreas Hacker.

Jeder, der sich auskennt, weiß, dass Suchen von Kandidatinnen und Kandidaten wochen- und monatelanger Vorbereitungen bedarf und man schon aus menschlichem und politischem Anstand möglichst nicht erst drei Tage zuvor noch damit heraussückt. Der Bewerber wusste das natürlich auch. Man konnte also über die Lauterkeit seiner Beweggründe nachdenken, zumal er über Wochen und Monate kein Gesprächsangebot je wahrgenommen hatte. Dies und anderes hatte Andreas Hacker im Ehinger Tagblatt freilich nicht aufgeführt.

Der Bewerber war im Ortsverein nur denen noch bekannt,

die auch schon vor acht und mehr Jahren aktiv waren.

Selbst als er noch Mandatsträger war und anfangs auch noch Rechenschaftsberichte ablegte, konnte er schon mal einleitend bei der Jahreshauptversammlung sagen, dass ihn die Arbeit im Kreistag nur anöde.

Doch in den letzten Jahren bis 2004, also als er noch Stadt- und Kreisrat war, konnte man ihn nie wieder bei Ortsvereinsveranstaltungen sehen. er gab auch keine Rechenschaftsberichte mehr ab, weder persönlich noch schriftlich - und immer unentschuldigt.

Zudem hatte er jetzt seine erneute Bereitschaft zur Kandidatur an satzungswidrige Bedingungen geknüpft. Diesen wollte sich die Nominierungsversammlung mit ganz großer Mehrheit nicht beugen.

Wortwahl und Umstände jener "Bereitschaftserklärung" werden eine weitere Rolle gespielt haben. Vom darob offenbar enttäuschten ET-Journalisten

Hacker gab's für uns hinterher noch den Versuch eines bösen Tritts in seinem Blatt.

Dies wurde jedoch bestens konterkariert durch zwei hervorragende Leserbriefe, für die auch an dieser Stelle zu danken ist.

Diesen Leserbriefen ist nichts mehr hinzuzufügen, weder im Hinblick auf die Bewerbung selbst noch auf die versuchte Art der Einflussnahme durch den Journalisten Andreas Hacker — und zwar unabhängig davon, von wem, wie lange zuvor und mit welcher Stoßrichtung dieses journalistisch seltsame Vorgehen vielleicht eingefädelt worden war. Oder ging es Hacker vielleicht bloß um den Umsatz?

Dass Andreas Hacker offenbar auch ganz anders, nämlich sachlich und ohne Häme berichten und kommentieren kann, zeigte sich am Beispiel einer Schelklinger Partei, die 2009 nicht einmal halb so viel Kandidaten zusammenbrachte wie noch vor fünf Jahren.

Es war die dortige CDU ... ■

### „Rund“ oder „höher“: Wir gratulieren diesmal ...

Geburtstag „rund“ = durch 5 teilbar, „höher“ = ab 70 Jahre  
Mitgliedschafts-Jubiläen: „rund“ = durch 5 teilbar, „höher“ = ab 30 Jahre



Geburtstage			Mitgliedschafts-Jubiläen			
geboren am			wird	Eintrittsjahr		Jahre
2.	5.	Gottfried Beck	88	1984	Ulrich Knupfer	25
		Unserem lieben Gottfried Beck einen besonders herzlichen Glückwunsch!				

Meinungsbeiträge (bitte digital übermittelt) sind immer herzlich willkommen. Auf Wunsch kann die Redaktion auch die Ausformulierung von Stichworten übernehmen. Nachdruck ist unter Quellenangabe gerne gestattet Natürlich auch der örtlichen Presse!

**Impressum:** 's Rote Füchsele wird monatlich vom SPD-Ortsverein EU-D-89584 / Donau (und Umgebung) herausgegeben. Konto 601 280 008 Ehinger Volksbank (BLZ 630 910 10). Es erscheint jeweils zum Monatsanfang. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stimmen nicht unbedingt mit Vorstand oder Redaktion überein. Titelgrafik, Logo: T. Berber. **Gewählte Redaktionsmitglieder:** Stefan Enderle, Georg Mangold, Gerhard Tessin und Dieter Volgnandt. Gesamtverantwortung, Koordination, Konzeption, Layout, Satz sowie Datenpflege, Vertriebsvorbereitung und Anschrift der Redaktion: 's Rote Füchsele, Ludwig Dorner (LD), Höhenstraße 101, EU-D-89608 Griesingen, Fon 07391-6866, E-Mail Rotes.Fuechsle@t-online.de \* Redaktions-Schluss ist jeweils am 5. des Vormonats (Ausnahmen bitte nur nach Vereinbarung). DTP-Software: Corel Ventura 10.0. Druck: Peletronia Medienbüro Erbach-Ersingen\* Verteilung: Gerhard Tessin, K.+L. Dorner und eine treue Helfer(innen)schar. ■



■■■ Fortsetzung von Seite 1 — KandidatInnen

- Kerstin Ersing
- Manfred Hucker
- Stephanie Bernickel
- Georg Mangold
- Bärbel Griesinger
- Roland Schmitz

### Gemeinderatswahl Öpfingen

- Martin Keßler

### Kreistagswahl — Mitglieder unseres Ortsvereins kandidieren

### in weiteren Wahlkreisen:

#### Erbach (einschl. Griesingen)

- Klara Dorner

#### Munderkingen (einschl. Rottenacker)

- Georg Mangold
- Stephanie Bernickel
- Ludwig Dorner
- Stefan Enderle

#### Schelklingen (einschl. Allmendingen)

- Ludwig Dorner
- Martin Keßler

## Last but not least:

### Europäische Union — EU-Parlament

- Evelyne Gebhardt MdEP  
[www.evelyne-gebhardt.eu](http://www.evelyne-gebhardt.eu)

- Alfred Diebold  
[www.alfred-diebold.de](http://www.alfred-diebold.de)

- Ingo Bergmann

## April! April!

Man soll sich ja keine Aprilscherze leisten, bei denen jemand für dumm verkauft wird. Nun, 's Rote Füchse hat versucht, sich daran zu halten. Es haben wohl alle gleich bemerkt, dass bisher noch keine Markthalle im bisherigen Volksbank-Gebäude geplant ist. Und es war außer im Roten Füchse auch noch nicht die Rede von einer Marktplatzüberdachung — weder fest wie im Blautalcenter und in vielen europäischen Städten (kein Aprilscherz!), und auch nicht mit Liebherr-Großschirmen, die es ja auch längst wirklich gibt. Wohl aber haben sich im Ernst bei der Redaktion Leser/-innen gemeldet, die das alles gar nicht so schlecht fänden.

Ist es dennoch nur Quatsch oder Utopie? Dies hat man hier schon von ganz anderen Sachen geglaubt, und jetzt sind sie Wirklichkeit geworden, zum Beispiel der Kreisverkehr. Könnte aus dem Aprilscherz "Voba-Markthalle" und "Marktplatz-Überdachung" zuletzt auch ein Denkanstoß werden? In Reutlingen geht diese Halle doch auch! Die Webadresse [www.markthalle-reutlingen.de](http://www.markthalle-reutlingen.de) und ihre Inhalte jedenfalls waren echt und nicht erfunden. Und für Ehingen: Die langersehnten Lebensmittel in der Innenstadt erhalte man dann endlich auch wieder zu kaufen, ohne irgend einem Großfilialisten noch lange flattern zu müssen oder außenrum noch einen zuzulassen, der die Innenstadt weiter ausbluten lässt ...

Und noch ein Aprilscherzle fand sich weiter hinten im Heft: Nein, die SPD-Fraktion tritt der CDU nicht heimlich bei, um mehr zu erreichen. Sie arbeitet vielmehr daran, Überzeugungsarbeit zu leisten und denkt an die Interessen der Menschen. Das geschieht nicht mit pressewirksamem Getöse, und dennoch mühen sich auch sozialdemokratische Gemeinderäte und bestimmt bald auch -rätinnen redlich ums Wohl der Stadt. ■

### Kontakte

Ortsvereinsvorsitzende Klärle Dorner, Fon 07391-6866, [Klara.Dorner@gmx.de](mailto:Klara.Dorner@gmx.de); Fraktionsvorsitzender (Gemeinderat Ehingen) Georg Mangold, Fon 07391-539 05, [Georg-Mangold@t-online.de](mailto:Georg-Mangold@t-online.de)

SPD-Kreisvorsitzende Heidi Ankner; [ankner-blaustein@t-online.de](mailto:ankner-blaustein@t-online.de)

SPD-Regionalgeschäftsstelle Poststraße 7, 88400 Biberach, [www.spd-rz-bc.de](http://www.spd-rz-bc.de) - Fon 07351/5 87 57 90, Fax 0 7351-587 57 87

Büroleiterin Bruni Oehrke; [Bruni.Oehrke@spd.de](mailto:Bruni.Oehrke@spd.de); Regionalgeschäftsführer Ulrich Möhrle (01 51 - 17 86 47 80) - [ulrich.moehrle@spd.de](mailto:ulrich.moehrle@spd.de)

Bürgerbüro Martin Rivoir MdL, Betreuung-Abgeordneter für den Alb-Donau-Kreis; Söflinger Straße 145, 89077 Ul, Fon 0731/3989700, Fax 0731/3989701; [Martin.Rivoir@spd.landtag-bw.de](mailto:Martin.Rivoir@spd.landtag-bw.de); Mitarbeiterin Susanne Nödinger.

Abgeordnetenbüro Hilde Mattheis MdB, Unter den Linden 50, 10117 Berlin, Fon 0 30 - (22 77 51 42),

Fax 0 30 - (22 77 67 13), [hilde.mattheis@bundestag.de](mailto:hilde.mattheis@bundestag.de); Kerstin Krell, Markus Heckmann, Karl Piberhofer (wissenschaftliche Mitarbeiter)

Wahlkreisbüro Hilde Mattheis MdB, Söflinger Straße 145; 89077 Ulm, Fon 07 31 6 02 67 71, Fax 07 31 - 6 13 21, [hilde.mattheis@wk.bundestag.de](mailto:hilde.mattheis@wk.bundestag.de); Ingo Bergmann - [www.hilde-mattheis.de](http://www.hilde-mattheis.de)

Europa-Abgeordnete Evelyne Gebhardt MdEP (Künzelsau); [EGebhardt.MdEP@T-Online.de](mailto:EGebhardt.MdEP@T-Online.de); [www.evelyne-gebhardt.eu](http://www.evelyne-gebhardt.eu)  
Büroleiter Wim Buesink ■



Der europäische Gedanke ist hier viel zu wenig anerkannt, "sonst müsste der Saal brechend voll sein" (ein Teilnehmer), wenn Jürgen Meyer darüber spricht.

## Mehr Demokratie wagen

Ludwig Dorner

**Es war ein feuchtgrauer Sonntagmorgen. Im Café des Großkinos beim Ulmer Deutschhaus fanden sich vielleicht 20 Zuhörerinnen und Zuhörer ein. Unser ehemaliger Bundestagsabgeordneter Prof. Dr. Jürgen Meyer war eigens aus der Schwarzwälder Heimat angereist, um über den europäischen Gedanken zu sprechen. Trotz ergangener Einladung — auch im Roten Fuchse — waren nur so wenige Menschen gekommen: Geht uns Europa denn allen so sehr hinten vorbei? Auch von der Presse ließ sich niemand blicken ...**

Ja, und man muss es sagen, die Begrüßungs- und die Schlussworte aus Ulmer Gastgebermund klangen mir auch deutlich mehr nach Pflichtübung als nach überzeugter Begeisterung für Europa.

Dafür sprach dann auch noch eine so nebenbei gefallene europafeindliche Bemerkung desselben Moderators über die [sinngemäß] "arbeits-scheuen Südeuropäer" — ehrlich, selten so gelacht!

### 60 Jahre Frieden

Dabei, so Jürgen Meyer in seinem frei gehaltenen lebendigen Vortrag, hat uns die Europäische Union bereits 60 Jahre Frieden in Europa gebracht. Das ist eine längere Friedenszeit-spanne als über Jahrhunderte zuvor. Das allein müsste uns schon für Europa begeistern.

### Hü und Hott

Jürgen Meyer beklagte

mangelndes europäisches Bewusstsein bei nicht wenigen Politikern. Diese würden in Brüssel oft Dinge mit beschließen, die sie zu Hause selber wieder heftig kritisieren.

Genau dies stand übrigens schon vor Jahren auch im Roten Fuchse zu lesen und bezog sich u.a. auf den Herrn Stoiber, der jetzt selber in Brüssel mit "Bürokratieabbau" sein Gnadenbrot verdient. (Anm. der Redaktion)

In Brüssel "Hü" und im Wahlkreis "Hott".

### "Und das tumbe Volk klatscht dann Beifall!"

(Das hat Jürgen Meyer *nicht* gesagt!)

Nein, aber das hat Jürgen Meyer wirklich gesagt: Das Volk müsse samt seinen Politikern ermuntert werden, mehr Demokratie zu wagen. Was einst bei Willy Brandt für Deutschland galt, dies gelte jetzt für

Europa. Nicht in die hinterste Ecke damit, nicht reine Pflichtübung, und auch nicht die Denke, Europa sei eigentlich unnötiges Zeug — dies hat Jürgen Meyer sinngemäß gesagt.

Transparenz der Politik, Ehrlichkeit bei den Politikern — und natürlich reges Interesse der Europäerinnen und Europäer.

### Jürgen Meyer nannte vier wichtige Errungenschaften der EU-Verfassung.

(Er gebrauche bewusst dieses Wort "Verfassung", und er sei auch fest davon überzeugt, dass sie bald in Kraft treten könne.)

Mit der **Verfassung** erhalte die EU dann endlich einen gemeinsamen Außenminister und könne nach außen mit einer Stimme sprechen. Dann könne Henry Kissinger nicht mehr spotten, wo er denn bitte anrufen könne, wenn er einen zuständigen



Europäer sprechen wolle. Der EU-Außenminister bekomme dann auch ein voll einsatzfähiges Diplomatisches Corps, das heißt mit vollwertigen Botschaftern in anderen Ländern und Kontinenten.

Neu sei auch das **Bürgerbegehren**. Europäische Bürger können künftig selber Gesetzesinitiativen einbringen.

Das hätte man sich in mancher Gemeinde und in manchem Bundesland auch schon mal gewünscht ...

*Der letzte Satz stammt wieder nicht von Jürgen Meyer!*)

Und schließlich nannte der Referent die längst rechtskräftige **EU-Grundrechtecharta**.

Sie sei nicht einfach eine

Kopie des deutschen Grundgesetzes. Gleichwohl seien Elemente daraus mit eingeflossen, aber ebenfalls Gutes aus anderen Länderverfassungen der europäischen Union. Und die Grundrechtecharta sei in vielem viel moderner und berücksichtige Aspekte, von denen in den "alten" Länderverfassungen noch wenig zu finden sei.

In der EU werde auch das Prinzip der **sozialen Marktwirtschaft** stark unterstützt — angesichts der Banken- und Wirtschaftskrise wichtiger denn je!

In Jürgen Meyer spürt man das Glühen für den europäischen Gedanken.

Ewig schade, dass er auch von Sozis offenbar noch so wenig verinnerlicht wird.

*Dies und das Nachstehende stammt wieder nicht von Jürgen Meyer.*

Warum wir an der Wahl zum europäischen Parlament teilnehmen sollen, steht mit kurzer Begründung unten auf dieser Seite.

Dass sich 's Rote Füchslé zum Thema Europa und auch sonst allezeit engagiert äußere, wurde Jürgen Meyer noch nie müde zu erwähnen — bei jeder passenden Gelegenheit. So auch dieses Mal wieder in Ulm.

Ein einst guter Brauch, der inzwischen wahlkreisweit leider völlig in Vergessenheit geraten ist — dabei sollte Arbeit an und mit der Basis eigentlich ein gegenseitiges Geben und Nehmen sein — über Lippenbekenntnisse hinaus.

Wer sich damit angesprochen fühlt, ist möglicherweise auch gemeint. ■

### Bürgerrechte stärken

## Wir sind Europa!

Ludwig Dorner

**Bei allem Eifer um die anstehende Kommunalwahl: Es findet zeitgleich die Wahl zum europäischen Parlament statt. Unwichtig? Nebensache? Kannste vergessen?**

Was in der Gemeinderatswahl entschieden wird, betrifft rund 25 000 Menschen. Im Alb-Donau-Kreis sind es knapp 200 000 Leute. Bei der Wahl zum Europäischen Parlament stimmen wir über Entscheidungen ab, die fast eine halbe Milliarde Menschen betreffen.

Ungefähr 80 Prozent aller politischen Entscheidungen (auch in Gemeinden und Landkreisen!) beruhen auf

europäischem Recht.

Wer meint, man müsse die Brüsseler Entscheidungen als von Irrsinnigen erdacht ansehen, der kann (a) im Roten Füchslé oder sonstwo lesen, was das Europäische Parlament (EP) an höchst Bürgernahem schon beschlossen hat, und er sollte (b) dieses EP stärken, indem er es wählen geht.

Das EP braucht den Rückhalt seiner europäischen

Bevölkerung. Und das sind wir! Das EP besitzt noch längst nicht alle vergleichbaren Rechte gegenüber der EU-"Regierung" wie die nationalen Parlamente gegenüber ihren nationalen Regierungen. Das EP stärken heißt also ganz klar EU-Bürgerrechte stärken!

Jede einzelne Wählerstimme tut das! ■



Gemeindearchiv Rottenacker

## Arbeiterrat Rottenacker setzt sich gegen steigende Energiepreise ein

Verhandelt in einer Sitzung des Arbeiterrats Rottenacker am 2. März 1919

Antrag an die bgl. [bürgerlichen; Red.] Kollegien [wohl: Gemeinderat; Red.]

1. Gegen den wiederholten Aufschlag der Lieferung von elektrischem Licht und Kraft seitens der Mühlegenossenschaft Kirchbierlingen legen wir energischen Protest ein.
2. Es ist festzustellen auf dem Rathaus, ob die Mühlegenossenschaft berechtigt ist, willkürliche Aufschläge zu machen in beliebiger Höhe.
3. Die in der letzten Zeit neu angelegten Licht- und Kraftanlagen sind vor übermäßigen Zahlungsforderungen zu schützen seitens des mit der Ausführung Beauftragten, da in keinem Fall ein vorheriges Abkommen getroffen wurde, schon deswegen, weil die Leute wegen Petroleummangel in Not auch waren.
4. Der Arbeiterrat beabsichtigt, in dieser Richtung mit dem Bauernrat u. den bürgerlichen Kollegien in einer vom Schultheißenamt zu bestimmenden gemeinschaftlichen Sitzung zu beraten.
5. In dieser gemeinschaftlichen Sitzung ist zu erwägen, ob die Mühlegenossenschaft überhaupt berechtigt ist, während der Dauer des Vertrags ohne eine Vorankündigung der Licht- und Kraftabnehmer etwas zu ändern.

Das Schultheißenamt wird ersucht, in dieser Sache das Weitere einzuleiten.

Rottenacker, den 2. März 1919,

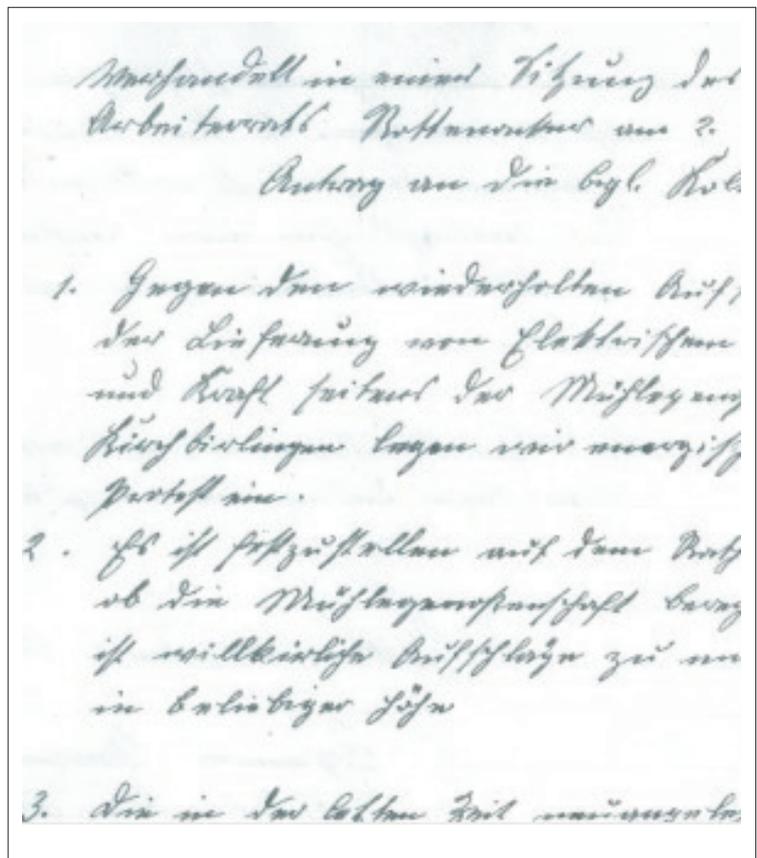
Johannes ?? (nicht zu entziffern)  
 Jakob Bäuerle, Metzger  
 Christian Hahl  
 Daniel Flad  
 Jakob Bäuerle, Fabrikarbeiter

Im Einverständnis des  
 hier anwesenden Bauernrats:

Jakob Walter  
 Stephan Striebel  
 Matth. Bäuerle

### Hinweis:

Dass es in Rottenacker einmal einen Arbeiterrat gab, wusste uns unser treuer Leser Veit Feger (Ehingen) zu berichten. Er gab uns den Tipp, Näheres bei Gunther Dohl (Rottenacker) zu erfragen. Dieser besorgte uns die Kopie des Protokolls aus dem Rottenacker Gemeindearchiv (siehe Abb. rechts, Ausschnitt). Beiden sei gedankt! Die Übertragung in heutige Schrift gelang der Rote-Fuchsles-Redaktion mit einiger Mühe selbst. ■





# Stephanie Bernickel neue Juso-Kreisvorsitzende

Die Jusos im Alb-Donau-Kreis haben nach ihrer diesjährigen Jahreshauptversammlung die 20jährige Stephanie Bernickel zu ihrer neuen Kreisvorsitzenden gewählt. Sie tritt somit die Nachfolge der bisherigen Vorsitzenden Kerstin Ersing an, die aus beruf-

lichen Gründen nicht noch einmal antreten konnte. Die weiteren Mitglieder des Kreisvorstandes sind: Kerstin Ersing, Andreas Horning, Tobias Leichtle und Kevin Riedmüller.

Stephan Binsch, stellvertretender Juso-Landes-

vorsitzender, stellte die Kommunalwahlkampagne "Deine Stadt der Zukunft" des Juso-Landesverbandes vor.

Wir gratulieren unserer Stephanie herzlich zu dem Vertrauensbeweis.



## "Politisches Interesse hatte ich schon in den Jahren zuvor"

Ich wurde am 24. Januar 1989 in Anklam, Ostvorpommern (damals DDR) geboren. 1993 zogen wir auf Grund eines Arbeitsplatzwechsels meiner Eltern ins schöne Schwabenlände. Nach meiner Einschulung 1995 besuchte ich ab dem Jahr 1999 das Ehinger Gymnasium, welches ich 2008 mit einem guten

Abitur verließ.

Meine politische „Karriere“ begann im März 2006 durch den Eintritt in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Politisches Interesse hatte ich schon in den Jahren zuvor, wahrscheinlich aber noch nicht den Mut, einer Partei beizutreten. Von Anfang an habe ich versucht, mich aktiv an der Politik des Ortsvereins bzw. der Jusos zu beteiligen. Ob es mir gut oder weniger gut gelungen ist,

müssen andere entscheiden.

Seit unserer diesjährigen Jahreshauptversammlung bin ich Mitglied des Juso-Kreisvorstandes Alb-Donau und nach der ersten Vorstandssitzung Kreisvorsitzende.

Stephanie Bernickel

Stephanie Bernickel wurde auf Platz 2 der Ehinger SPD-Liste zur Gemeinderatswahl und auf Platz 7 zur Kreistagswahl nominiert - Red. ■

## Ein bisschen europäisch lachen ...

### **Making money**

Want to make \$\$\$\$ right away? Here's a very simple way to do it. There's nothing to buy, no investment to make and no money to lose. Try it now! Just follow these three steps:

1. Open a new Word document on your computer.
2. Hold down the shift key.
3. Press the "4" key four times.

### **A few more words**

Mrs O'Riley from Dublin wants to place an obituary notice (*Todesanzeige*) in the newspaper

for her husband, Pete. The man in the newspaper office says it will cost one euro a word: Mrs O'Riley has only two euros, so she writes: "Pete died". The man says he thinks old Pete should get a few more words and offers her three more at no cost. So Mrs O'Riley thanks him and rewrites her text: "Pete died. Boat for sale."

### **Immer diese Chefs**

Auf seinem Flug nach Lissabon bietet die Stewardess einem Pfarrer einen doppelten Sherry an. "Wie hoch sind wir denn?", will der zuerst wissen. "Auf 12 000 Meter." "Oh," meint der Pfarrer, "dann lieber nicht, das ist mir zu nahe beim Chef." ■



# Damals im Mai

Gerhard Tessin

---

## Vor 90 Jahren (1919): Urteile im Liebknecht- Prozess

---

Was im Liebknecht-Verfahren schon ersichtlich war, sollte sich über die ganze Weimarer Zeit fortsetzen: Ob Militär- oder Zivilgericht, bei politischen Straftaten wurde mit zweierlei Maß gemessen. Rechten Tätern wurde meist "ehrenhafte" oder "vaterländische" Motive zugebilligt; linke (und nicht nur Gewalttäter) dagegen traf die volle Härte des Gesetzes.

So endete am 14.5. das possenhafte Verfahren gegen die Mörder von Karl Liebknecht (Rosa Luxemburgs Leiche wurde erst am 1.6. im Berliner Landwehrkanal gefunden) mit milden Urteilen. Ein Militärgericht der eigenen Division urteilte über die Angeklagten entsprechend: sechs Freisprüche und zwei Haftstrafen. Der Husar Otto Runge, der die Kolbenschläge ausführte, erhielt wegen versuchten Mordes in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung zwei Jahre Gefängnis. Oberleutnant Vogel, vermutlich derjenige, der Liebknecht erschoss, wurde wegen "Wachvergehens",

bzw. "Beiseiteschaffung einer Leiche" ebenfalls zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Diese musste er aber nicht absitzen. Kameraden seiner Einheit verhalfen ihm ein paar Tage später zur Flucht.

Dazu schrieb später der Journalist Sebastian Haffner: "... Nicht zu übersehen auch die unverhüllte, ja schamlose Begünstigung der Direktmörder durch Justiz- und Regierungsbehörden ... Und nicht zu übersehen die Reaktion der gesamten bürgerlichen und sozialdemokratischen öffentlichen Meinung auf die Mordtat, die von beschönigender Vertuschung bis zum offenen Jubel reichte; eine Hehleraktion, an der sich bis zum heutigen Tag nichts geändert hat".

Passend dazu auch das Urteil gegen den Mörder des sozialistischen bayrischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner, Graf Arco-Valley. Erst zum Tode verurteilt, dann aber zu lebenslangem Zuchthaus begnadigt und schließlich nach fünf Jahren Haft freigelassen.

Zum Vergleich: von Standgerichten in München werden die Führer der Räte-

republik und deren Unterstützer zu Höchststrafen verurteilt. Der Schriftsteller Gustav Landauer wurde im Gefängnis Stadelheim ermordet. Seinen Kollegen Erich Mühsam verurteilte man wegen Hochverrats zu 15 Jahren Festungshaft (Ende 1924 amnestiert; 1934 von den Nazis ermordet).

---

## Vor 60 Jahren (1949): Berlin-Blockade beendet

---

Am 12. Mai brachen die Sowjets die Blockade West-Berlins ab. Sie hatten seit dem 24. 6. 1948 alle Landverbindungen nach West-Berlin abgeriegelt, woraufhin die Amerikaner und Briten über eine Luftbrücke die Stadt mit den nötigsten Gütern versorgte. Das Ziel der Sowjets, die westlichen Alliierten zur Aufgabe Berlins zu zwingen, war fehlgeschlagen.

---

## Ebenfalls vor 60 Jahren (1949): Grundgesetz verabschiedet

---

Seit September 1948 tagte der Parlamentarische Rat in Bonn über die neue staatliche Ordnung Deutschlands. Es waren schwierige Verhandlungen, in die sich auch mehrfach die Alliierten einmischten, insbesondere bei der Verteilung der Aufgaben zwischen Zentralregierung,



d.h. Bundesrepublik, und den einzelnen Ländern. Nun hatte man sich auf einen Kompromiss geeinigt. Mit 53 (SPD, CDU, FDP) gegen 12 (CSU, LDPD, Zentrum, KPD) Stimmen verabschiedete der Parlamentarische Rat am 8.5. das Grundgesetz (GG) für eine Bundesrepublik Deutschland. Am 10.5. nahm der Rat ein Wahlgesetz zum Bundestag an. Danach sollten 200 Abgeordnete direkt und 200 über Ergänzungslisten gewählt werden. Listenverbindungen wie in der Weimarer Republik waren nicht zulässig. Am selben Tag wurde mit knapper Mehrheit Bonn zur vorläufigen Hauptstadt gewählt. Am 12.5. genehmigten die drei alliierten Militärgouverneure der Westzonen das Grundgesetz. Auf deren Einspruch hin musste zuvor eingeräumt werden, dass das Gesetz nicht für Berlin gelte und Berlin auch nicht Bestandteil der neuen Bundesrepublik war.

Nun mussten die Länderparlamente das Grundgesetz ratifizieren, was bis zum 21.5. auch geschah, mit Ausnahme Bayerns. Dessen Landtagsmehrheit sah ihre föderalistischen Vorstellungen nicht genügend berücksichtigt und lehnte ab. Man beschloss aber, die Rechtsverbindlichkeit anzuerkennen, wenn zwei Drittel der Länder den Verfassungsbestimmungen zustimmen.

In Anwesenheit von Vertretern der Alliierten, des Wirtschaftsrates und der westdeutschen Minister- und Landtagspräsidenten wurde am 23. Mai das Grundgesetz feierlich verkündet. Somit ist dieser Tag der Geburtstag der Bundesrepublik Deutschland, eines demokratischen und sozialen Bundesstaats.

Die 61 Väter und 4 Mütter des Grundgesetzes sahen ihr Werk als vorläufige Verfassung eines provisorischen westdeutschen Teilstaats. Quasi für eine "Übergangszeit". Mit der Teilung Deutschlands wollte man sich nicht abfinden. Und so heißt es in der Präambel: "Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden". Der Artikel 23 sicherte die Möglichkeit, dass Teile Deutschlands, die zu dieser Zeit am Beitritt zur Bundesrepublik gehindert waren, später beitreten können.

Bei der Konzipierung des Grundgesetzes war man sich einig, dass sich die Demokratie rechtzeitig vor ihren Feinden schützen müsse. Aus den Defiziten der Weimarer Verfassung, die den Nazis scheinbar legal die Macht ermöglichten, wurden Konsequenzen gezogen: Die klassischen Grund- und Menschenrechte wurden dem Grundgesetz vorangestellt. Sie geben, anders als in

Weimar, den Rahmen der Gesetze vor. Dort hieß es lediglich "Grundrechte nach Maßgabe der Gesetze". Die vorstaatlichen Grund- und Menschenrechte im Grundgesetz können auch nicht von einer Zweidrittelmehrheit des Bundestages verändert werden.

Weitere wichtige Artikel im Vergleich zu Weimar:

Das Staatsoberhaupt, der Bundespräsident, wird von der Bundesversammlung gewählt und hat repräsentative, aber nur wenig politische Bedeutung. In der Weimarer Republik war der vom Volk gewählte Präsident eine Art "Ersatzkaiser", ausgestattet mit erheblichen Vollmachten, der notfalls am Parlament vorbei regieren konnte.

Das Grundgesetz stärkt im Vergleich zu Weimar die Position des Kanzlers. Er ist ausschließlich abhängig vom Parlament und bestimmt die Richtlinien der Politik. Er kann nur durch ein konstruktives Misstrauen gestürzt werden, d.h., diejenigen, die es einbringen, sind verpflichtet, sich auf einen gemeinsamen Kandidaten als Nachfolger zu einigen. In Weimar war das nicht die Voraussetzung für ein Misstrauensvotum und sorgte deshalb immer wieder für kurzzeitige, instabile Regierungen.

Auf Bundesebene gibt es — anders als in Weimar — keine plebiszitären Elemente (Volksentscheide etc.) mehr. Das Repräsentativsystem (Parteien und Interessenverbände vertreten den Volks-



Klara Dörner

## Nutzen aus der Kreistagsarbeit

Zu (A)bgestimmt (S.12): Mein Nein zur "Förderung von Projekten in der Ernährungserziehung und Landwirtschaft"; da ist sicher etwas erklärungsbedürftig, oder?

Nachdem im letzten Jahr die Förderung von Güllebehältnissen ausgelaufen bzw. abgeschlossen war, stellte die CDU am 29. November 2008 einen Antrag, in dem sie forderte, dass dieses Geld der Landwirtschaft für andere Projekte zugesprochen werden sollte. Es geht hierbei um etwa 50 000 bis 60 000 Euro. Dazu wurden bei der letzten Sitzung nun konkretere Vorschläge unterbreitet — und der Kreistag sollte darüber beschließen.

Kinder und Jugendliche sollten dadurch in Zusammenarbeit mit dem Fachdienst Landwirtschaft zu einem gesundheitsbewussten Ernährungsverhalten geführt werden. Wirklich ein begrüßenswertes Ansinnen, wenn hier nicht so getan würde, als wäre das völlig neu. Antrag der CDU: Kosten etwa 8 000 Euro.

Der bäuerliche Betrieb sollte eine Aufwandsentschädigung von 200 Euro für einen halben Tag bekommen. Sicher nicht zu

viel - aber weshalb soll das mit Steuergeldern des ADK bezahlt werden, nachdem es vom Ministerium für Ländlichen Raum seitensweise Berichte und Hinweise gibt, wer da sonst noch alles unterstützt? Siehe [www.schueler-auf-dem-bauernhof.de](http://www.schueler-auf-dem-bauernhof.de). Hier stehen übrigens Abrechnungsformulare verschiedenster Anbieter bereit; pro Stunde 16 Euro oder bei Gruppen 10 Euro pro Kind.

"Aktionen wie "Lernort Bauernhof" oder "Schüler auf dem Bauernhof", mit denen das Bewusstsein für die Arbeit der Landwirte und für die Produktion von Lebensmitteln geschärft werden sollen, werden vom Landtagsausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft ausdrücklich unterstützt. Dies teilte der Vorsitzende des Gremiums, der CDU-Abgeordnete und Kreisrat Karl Traub, nach der Beratung eines entsprechenden CDU-Antrags mit. Wie Traub ergänzte, haben sich außerdem aus dem Projekt des Landes zur Erhaltung und Entwicklung von Natur und Umwelt (PLENUM) zwei Initiativen "Lernort Bauernhof" gebildet. An dieser Initiative hätten sich bislang 55 landwirtschaftliche Betriebe und 28 000

Schülerinnen und Schüler beteiligt; Quelle: Landtagspressestelle.

Weiß der Vorsitzende im Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft und Kreistagsmitglied Karl Traub CDU nicht mehr, was er damals gesagt hatte oder wurden die Gelder gekürzt, so dass die Bauern im Kreis nun auf Steuergelder aus dem ADK angewiesen sind? Damit es klar ist: Wir sind nicht gegen eine Aufwandsentschädigung für die landwirtschaftlichen Betriebe, aber weshalb soll der Kreis hier eine Unterstützung finanzieren, wenn es doch andere Mittel bereits gibt? Eine zusätzliche Unterstützung wird ja wohl nicht beabsichtigt sein? - Und was sage ich dem Bäckermeister, der eine Schulklasse aufnimmt, oder dem Handwerker oder der Feuerwehr oder ...? Hier besteht Erklärungsbedarf in zweifacher Hinsicht.

Dieselbe Frage muss man sich auch bei den beiden anderen Vorschlägen stellen:

Förderung von Einrichtungen und Geräten zur bodennahen Ausbringung von flüssigen Wirtschaftsdüngern (Gülle) — bei fünf bis zehn Anträgen jährlich etwa 30 000 bis 40 000 Euro.

Förderung der Weiterbildung für landwirtschaftliche Unternehmer/-innen (Erstattung 50 % der Kursgebühren bei jährlich ca. 15 Teilnehmer/-innen, etwa 8 000 Euro). ■



■■■ Fortsetzung von Seite 9 — Damals im Mai

willen) konzentriert die politische Macht auf Bundestag, Bundesrat und Kanzler.

Der im GG verankerte Föderalismus kommt im Bundesrat zur Geltung. Die Länderkammer wirkt an der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes mit.

Staat und Grundgesetz sollten im Sinne der "streitbaren" und "wehrhaften" Demokratie garantiert und geschützt werden. Dafür wurden später noch Sicherungsmechanismen wie das Bundesverfassungsgericht und der Verfassungsschutz eingebaut.

Das Grundgesetz konstituierte die Bundesrepublik

als Provisorium, als neue politische Ordnung des staatlichen Lebens für eine "Übergangszeit" (Präambel, Art. 146). Wer hätte gedacht, dass diese Übergangszeit mehr als vierzig Jahre dauern würde?

In der nächsten Ausgabe wird über die Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone berichtet. ■

Seelische Gesundheit fördern

## Versorgung psychisch kranker Menschen verbessern

Hilde Mattheis, MdB

**Die gesellschaftliche und ökonomische Bedeutung psychischer Erkrankungen nimmt zu. Psychische Erkrankungen zählen nach den bösartigen Tumorerkrankungen zu den am längsten dauernden Krankheiten. Sie sind die zunehmende Gruppe bei der Inanspruchnahme von Krankheitstagen.**

Etwa ein Prozent der gesetzlich Versicherten (ohne Rentner) wird jährlich wegen einer psychischen Erkrankung durchschnittlich 25 Tage arbeitsunfähig. Bei den Ursachen der Frühverrentung liegen psychische Erkrankungen mittlerweile auf Rang 1, bei den Ursachen für Arbeitsunfähigkeit je nach Kassenart auf Rang 2-4 je 100 Versichertenjahre. Der Bundesgesundheits-survey von 1998 hat für die deutsche Bevölkerung das Lebenszeitrisiko, an einer psychischen Störung zu erkranken, mit 42,6 Prozent ermittelt.

Zwar gibt es bis auf wenigen Untersuchungen bei Depressionen, Demenz und

alkoholbezogenen Störungen keine gesicherten Belege, dass die Häufigkeit psychischer Erkrankungen in den vergangenen Jahrzehnten tatsächlich zugenommen hat. Fakt aber ist, dass psychische Störungen heute einen wesentlich größeren Anteil am Diagnosespektrum in Deutschland ausmachen als früher. Die häufigsten Diagnosen sind Angststörungen, Depressionen, Alkoholabhängigkeit und somatoforme Störungen, d.h. körperliche Beschwerden mit häufigen Arzt-Besuchen. Sie kommen in allen gesellschaftlichen Schichten vor. (...)

*In ihrem Beitrag spricht  
Hilde Mattheis MdB*

*folgende weitere Schwerpunkte an:*

- Versorgung psychisch Kranker als Handlungsfeld der Politik

*Ansatzfelder für Reformen:*

- Zielgruppenspezifische Versorgungsangebote
- Vereinheitlichung und Aufbau integrierter Versorgungsstrukturen
- Defizite in der Gesundheitsberichterstattung beseitigen
- Prävention
- Nachsorge und Rehabilitation

*Wer Interesse am gesamten Beitrag hat, kann ihn auch beim Roten Fuchse anfordern:*

rotes.fuechsle@t-online.de ■



Er stand vor  
 10 Jahren  
 im Roten Füchsle

● Hilde Mattheis bewirbt sich um ein Mandat im europäischen Parlament. Sie schenkt dem Roten Füchsle besondere Beachtung in Form eines exklusiven Interviews.

● 100 Jahre Arbeiterbewegung und SPD-Ortsverein Blaubeuren. 's Rote Füchsle gratuliert.

● 50 Jahre Grundgesetz. Wir laden zu einer Veranstaltung nach Dellmensingen ein.

● Zum Kosovo-Krieg äußern sich Gerhard Tessin, Bärbel Griesinger, Margret Fuchs-Ehlert, Wolfgang Hänle und Klärle Dorner in Beiträgen.

● Die Bundes-SPD informiert über Erfolg im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit.

● Der Bismarck soll auch schon gestorben sein. So sagt man, wenn Leute etwas noch nicht mitbekommen haben wollen, was längst bekannt ist. Gemeint waren Bürgermeister der Region, die in ihre Gemeinden unverdrossen CDU-Abgeordnete einluden und völlig außer Betracht ließen, dass es längst auch einen SPD-Bundestagsabgeordneten im Wahlkreis gab.

● "Lieber Ludwig Dorner, herzlichen Dank für eure Sympathiebekundung in eurem Mitteilungsblatt 's Rote Füchsle. Ich habe mich darüber gefreut und grüße dich und die Mitglieder des Ortsvereins herzlich aus Saarbrücken.  
*Dein Oskar Lafontaine*"

● In beiden Ehinger Lokalzeitungen hatten Existenz und Inhalte des Roten Füchsles keinerlei Erwähnung gefunden, obwohl "wir gerade zu aktuellen Themen oft genug Stellungnahmen aus der örtlichen Basis veröffentlichen".  
*(Festgestellt zur Jahreshauptversammlung April 1999 - und 2009 immer noch gültig.)* ■

## ☒ (A)bgestimmt — wie?

's Rote Füchsle befragt Mandatsträger/-innen, wie sie in letzter Zeit abgestimmt haben.

j = ja, zugestimmt — n = nein, abgelehnt e = enthalten  
 ? = trotz Anfrage keine Angaben erfolgt

<b>Evelyne Gebhardt, MdEP</b>		
1	Erhalt der Arbeitsplätze in der europäischen Automobilindustrie	j
2	Generalunternehmerhaftung bei Missachtung von Sozial- und Steuervorschriften durch Subunternehmer (Anm. LD: Bitte beachten: EU!!!)	j
3	Schneller EU-Mittel zur Qualifizierung von Arbeitslosen	j

<b>Hilde Mattheis MdB</b>		
1	1. Lesung diamorphingestützte Substitutionsbehandlung für Heroinabhängige	j
2	1. Lesung Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung	j
3	2./3. L. Finanzmarktstabilisierungsergänzungsg.	j

<b>Martin Rivoir MdL</b>		
1	Wegerechtsgesetz zur Realisierung der geplanten Ethylen-Pipeline in Baden-Württemberg	j
2	Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2009	n
3	Vertrag zwischen dem Land (BaWü) und der Familie von Baden (Kauf Schloss Salem und Kunstgegenstände (...))	n

<b>Klärle Dorner, Kreisrätin</b>		
1	Zukunftsinvestitionsprogramm: Festlegung der Maßnahmen	j
2	Förderung von Projekten in der Ernährungserziehung und Landwirtschaft	n
3	Energiekonzept Berufsschulzentrum Ehingen	j

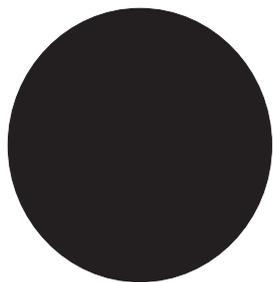
<b>Manfred Hucker, Gemeinderat</b>		
1	?	

<b>Georg Mangold, Gemeinderat und Frakt.-Vorsitzender</b>		
1	Keine Sitzung im Befragungszeitraum	

<b>Joachim Schmucker, Gemeinderat</b>		
1	Bürgerbegehren ist unzulässig	n
2	Kindergartenbedarfsplanung 2008/2009	j

<b>Wolf-Rüdiger Stummer, Gemeinderat</b>		
1	?	

Lesen, womit sich die Parlamente befassen ...



# Der Diens- Tags- Treff



**Protokoll vom  
7. April 2009**

**Klärle Dorner**

## **Der freie Markt kann's nicht richten - oder warum die Gesellschaft starke Gewerkschaften braucht**

Als Gast konnte Klärle Dorner den DGB-Bezirksvorsitzenden Wolfgang Klook des Bezirks Ulm-Biberach begrüßen.

Wolfgang Klook griff sechs Fragen auf, die für die Gewerkschaften von großer Bedeutung seien. Gewerkschaften seien parteipolitisch neutral und müssen sich auch diesbezüglich neutral verhalten - aber von der Sache her seien die Anliegen des DGB und die Vorstellungen der SPD hoffentlich nicht mehr so weit auseinander wie bei der Agenda 2010.

Die erste Frage war: Finden die Gewerkschaften mit ihren Forderungen nach einer auf sozialen Ausgleich, Beschäftigungssicherung und Gerechtigkeit ausgerichteten Politik ausreichend Resonanz bei Parteien und Regierungen? Hört die Politik auf unsere Mahnungen? Der "Brutal-Kapitalismus", der in den letzten 10 bis 15 Jahren immer wieder gepredigt wurde, in Form von Deregulierung, Privatisierung und Entstaatlichung sei am Ende. "Wir kennen viele Politiker, die heute nach Regulierung rufen, obwohl sie uns noch vor einem halben Jahr gesagt haben: "Hört doch endlich auf mit eurer Staatsgläubigkeit. Der freie Markt wird es schon richten".

Die zweite Frage: "Gelingt es,

Politik und Wirtschaft auf einen erfolgreichen Kurs zur Sicherung des Industriestandorts und der Arbeitsplätze zu veranlassen?" Dazu folgende Info: Im März diesen Jahres waren 7512 Menschen im Agenturbereich Ulm von Arbeitslosigkeit betroffen - das sind 1 710 Menschen mehr im Jahresvergleich, also ein Anstieg um 29,5 %. 116 Betriebe mit 4 389 Beschäftigten hätten derzeit Kurzarbeit angemeldet. Die Ausweitung der Möglichkeiten zur Kurzarbeit durch die Bundesregierung sei der richtige Weg gewesen. Die Gewerkschaften begrüßen auch die Verlängerung der Auto-Umweltprämie.

"Beginnt und gelingt jetzt die politisch-moralische Aufarbeitung der Wirtschafts- und Finanzkrise und der Aufbau einer wirklich sozialen Marktwirtschaft?"

Was wir brauchen, ist eine "Marktwirtschaft für Menschen". Können wir die neue Bundesregierung von einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn überzeugen? Die derzeitige sicher nicht.

Macht die Politik endlich ernst mit der Bekämpfung der massenhaft drohenden Altersarmut? Der Redner warnte davor, dass die derzeitige Regelung "Rente mit 67" nur zu einer Verschärfung der Altersarmut führen kann "Es ist doch nicht unanständig, sondern eine zwingende Notwendigkeit, wenn wir

fordern: Wer sein Leben lang gearbeitet hat, muss auch sicher sein können, im Alter eine Rente zu haben, von der man leben kann und nicht darauf angewiesen ist, beim Sozialamt die Grundsicherung zu beantragen." Dass immer mehr Menschen mit Kombilöhnen, also Niedriglöhnen plus Hartz IV auskommen müssen, ist ein politischer Kurs, der brandgefährlich ist für unser Land. Deshalb haben die Gewerkschaften es gern zur Kenntnis genommen, dass die SPD neue Reformen für ein soziales Deutschland anstoßen will. Das Hamburger Programm unterstreiche nicht nur die gemeinsamen Wurzeln von Gewerkschaften und Sozialdemokratie, sondern gebe ihnen auch neue Kraft für die Zukunft und stärke gemeinsame Überzeugungen. Das dortige Bekenntnis zu Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, zu Tarifautonomie, zu Streikrecht, Mitbestimmung, zu Arbeitnehmerschutzrechten, guten sozialen Sicherungssystemen, einem modernen Sozialstaat, der Schutz bietet, der Chancen eröffnet, der sich gut sorgt und der vorsorgt und nicht zuletzt zu starken, unabhängigen Gewerkschaften, sei wirklich zukunftsweisend.

Die lebhafteste Diskussion wurde im Hinblick auf die "arbeitende Bevölkerung" gegen 22.30 Uhr offiziell beendet — und im kleinen Kreis noch weitergeführt. ■



Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. (Grundgesetz Artikel 21)

's Rote Fuchsle hat wieder seine Leserschaft\* gefragt, was sie von aktuellen Fragen hält.



## (R)umgefragt



\*Lust mitzumachen, auch wenn du auswärts wohnst?  
Einfach E-Mail an [Rotes.Fuechsle@t-online.de](mailto:Rotes.Fuechsle@t-online.de)

# 1

Opel helfen? Anderen Autoherstellern helfen? Allen ihren Zulieferern helfen? Letztlich allen Betrieben, groß und klein, auf deren Wunsch helfen?

### Klarle Dorner, Kreisrätin, OV-Vorsitzende

Helfen ja, aber nicht ungeprüft. Wenn eine Insolvenz eine bessere Lösung wäre, dann sollte diese beantragt werden. Es bringt nichts, wenn der Bund Steuergelder in einen Betrieb steckt, der dann doch nicht überlebensfähig ist. Außerdem sollte geprüft werden, ob nicht auch bereits eine bloße Bürgschaft ein Weg aus der Not heraus wäre. Sinnvoll finde ich, wenn in diesen schwierigen Zeiten die Belegschaft Geld für zusätzliche Qualifizierungsmaßnahmen bekommt. Und noch ein ganz anderer Gedanke: Sollte man nicht auch mal prüfen, ob eine "bessere Zahlungsmoral" der Öffentlichen Hand manchen Mittelständler vor Schwierigkeiten bewahren könnte? Wenn die Klagen stimmen — die man immer wieder hört — dass die öffentliche Hand öfters sehr verspätet Rechnungen begleiche, dann sollte dies der Ehrlichkeit halber auch sofort geändert werden.

### Stefan Enderle, Redaktionsmitglied

Eigentlich Nein, die Wirtschaft beharrt auf der Selbstheilungskraft der Märkte, dann soll sie's doch mal richten!!

Aber leider werden nur immer die Gewinne privatisiert und die Verluste sozialisiert; so kann es

nicht weitergehen. Hilfen sind nur sinnvoll, wenn eingestanden wird, dass durch Raff- und Machtgier die Wirtschaft nicht mehr so funktioniert wie sie immer gepriesen wird. Dann muss auch eine Mitsprache des Staates (Volkes) in der Wirtschaft möglich sein.

### Karl-Heinz Irgang, Blaubeuren-Gerhausen, Stadtrat

Wie immer nehme ich zu (R)umgefragt sehr gerne Stellung und freue mich (auch wie immer), dass die Fragen ebenso aktuell wie wohl bedacht sind. (Danke! - LD)

Die Problematik verleitet zu einer Antwort aus dem Herzen / Bauch mit einer Tendenz zu JA. Aber bereits der gesamte Frageumfang macht klar, dass eben nicht ein Thema Opel vorliegt, sondern deutlich weitergehend gedacht werden muss. Das wird im Jahr 2009 gerne übergangen, ich bin mir sicher, die gleichen Personen würden (werden) 2010 anders urteilen.

Der Staat muss darauf bestehen, dass das Finanzsystem wieder gerade gerückt wird und kommt dabei nicht umhin, mit Rettungsaktionen einen drohenden Kollaps des Gesamtsystems abzufedern, was bereits die fiskalische Leistungsgrenze offenbart.

Der Staat kann meiner Überzeugung nach in Einzelfällen wie

Opel und vielen anderen eben nicht den reichen Onkel spielen, das ist im Grunde ja die Erwartung der Manager in Detroit, der Schefflers und wie sie alle heißen. Unser Ex-Kanzler Schröder hatte ja leider eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass es eben nicht funktioniert, da unterscheidet sich ein Baukonzern nicht von anderen.

Bei Opel kommt das generelle Problem in der Autobranche hinzu, Überangebot gepaart mit verschlafener Technologieentwicklung, beides ist nicht neu und keineswegs überraschend. Die Branche war Ende der 80-er schon mal soweit, Mauerfall und die Öffnung des Marktes Osteuropa haben einen Aufschub von 20 Jahren bewirkt. Studien von 1986/87 hatten ausgeführt, dass es in Europa wenigstens 3 Automobilkonzerne zuviel gibt. Der Weg von Daimler (mit einem Vielfachen an Arbeitsplätzen gegenüber Opel), Investoren für Kapitalerhöhungen zu suchen, ist aus meiner Sicht zielführend und eben nicht auf kurzlebige Erholungseffekte ausgerichtet.

Mehr als diese könnte der Staat für dem Wettbewerb unterliegende Unternehmen, die nicht der infrastrukt-



turellen Grundversorgung dienen, auch nicht leisten.

Dass die Politik bei der Suche nach Lösungen für bedeutende Wirtschaftsunternehmen unterstützend tätig wird, ist sicher gut und richtig. Dabei darf aber ihre Hauptaufgabe, Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Manager in eine längerfristige Werteorientierung zurück zwingen, nicht vergessen bzw. verschleiert werden. Zusammengefasst: Hilfen mit staatlichem Kapital für Opel und andere, NEIN.

**Martin Kaspar, Dornstadt, Kreiskassier, Kreisvorstandsmitglied, Gemeinderat**

Sicherlich kann es nicht sinnvoll sein, Opel pleite gehen zu lassen, so dass der Staat letztlich mehr an Arbeitsmarktunterstützungszahlungen leisten müsste, als er dies durch eine direkte Hilfe tun müsste. Wichtig ist, dass eine langfristige Perspektive für das Unternehmen (ob es nun Opel oder auch sonstwie heißt) besteht. Staatliche Beihilfen müssen aber in jedem Fall europäisch abgestimmt sein, um keinen Subventionswettbewerb auszulösen. Klar ist auch, dass nicht allen Unternehmen geholfen werden kann; die Politik zieht hier die Grenze bei den sog. systemrelevanten Unternehmen. Eine Pleite dieser systemrelevanten Unternehmen würde den Zusammenbruch der ganzen betroffenen Branche nach sich ziehen und unzählige Arbeitsplätze kosten, für deren Kompensierung der Staat nicht mehr leistungsfähig ist.

Da man solche Unternehmen (oder auch Banken) nicht pleite gehen lassen kann, bedürfen sie

jedoch besonderer staatlicher Regeln und staatlicher Aufsicht, die der systemrelevanten Bedeutung Rechnung trägt. Auch das nennt man "soziale Marktwirtschaft".

**Joachim Schmucker, Stadtrat**

Opel helfen? Ja, auf der Basis überzeugender Sanierungskonzepte. Die Gegenrechnung ist die: Was kostet uns der Zusammenbruch von Opel, die Arbeitslosigkeit, die Ausfälle in der Sozialversicherung etc.?

**Gerhard Tessin, Redaktionsmitglied**

Als Gewerkschafter (und Opel-Fahrer) müsste ich uneingeschränkt ja sagen. Aber Voraussetzung für staatliche Hilfe muss sein, ob ein Unternehmen zukunftsfähig ist. Das ist, nach einer Trennung von GM, durchaus der Fall, wie ich finde. Also Hilfe staatlicherseits ja, z. B. Unterstützung bei der Suche nach Investoren oder Übernahme von Bürgschaften. Den Fall Opel sehe ich übrigen anders als z. B. Schaeffler, in dem die Dame im Pelzmantel mit ihrer Belegschaft auch für Staatsknete demonstriert, nachdem sie sich zuvor bei der Übernahme eines größeren Unternehmens übernommen hat, ihr milliardenschweres Privatvermögen aber unangetastet lassen will.

**Dieter Volgnandt, Redaktionsmitglied**

Im Grundsatz müssten Unternehmen eigentlich in der Lage zur Selbsthilfe sein. Da unser Wirtschaftssystem auf dem Prinzip der unternehmerischen Frei-

heit und des damit verbundenen Risikos aufgebaut ist — die hohen Aktiengewinne wurden ja auch nicht gesellschaftlich umverteilt — sollte dies der Staat im Grundsatz auch bei Opel gelten lassen. Da im Falle von Opel die enge, immerhin schon achtzig Jahre dauernde Verflechtung mit General Motors vorliegt, gilt dies um so mehr. Kein Privatinvestor würde in Opel auch nur einen Cent investieren, so lange die rechtlichen Fragen nicht geklärt sind.

Wem gehören die Patente? Bekommt Opel seine in Deutschland erworbenen Patente zurück? Und wenn ja, für welchen Preis? Opel ist noch General Motors. Und General Motors ist so gut wie tot. Sich ohne Absicherung und vorherige Klärung aller offenen Fragen bei Opel zu engagieren — und warum sollte GM gutwillig auf seine letzten Trumpfkarten verzichten — wäre ungefähr so, wie einer Leiche Blut zu spenden. Vorsicht also!

Wir als Sozialdemokraten sollten uns schon um Arbeitsplätze kümmern, aber nicht unbedingt und in erster Linie um die in Detroit. Und man sollte auch in der Öffentlichkeit nicht den Eindruck erwecken, als ob man da zum Zwecke von Standort- und Arbeitsplatzsicherung mal eben international gültige Verträge und Rechtsverbindlichkeiten übers Knie brechen könnte. ■



Sehr geehrter Herr Mangold,

jede Ausgabe des Roten Füchles, die in meinem Briefkasten steckt, wird prompt gelesen. Damit verschaffe ich mir auch einen Überblick über die politische Sichtweise aus Ihren Reihen. Für meine Sichtweise wird dabei einiges ausgefiltert, und der Blick wird etwas klarer. Ich möchte auch zukünftig im Fuchsele lesen können, und damit es weiter Bestand hat, leiste ich einen kleinen Beitrag.

*Person, Name und Anschrift des freundlichen Briefschreibers und hochherzigen Spenders bleiben vertraulich. Wir danken herzlich für Brief und Spende! ■*



2

**(R)umgefragt — Frage 2**

Welche kommunalpolitischen Themen stehen in Ehingen an? Welche Erwartungen kann man also an den künftigen Gemeinderat haben?

**Stefan Enderle,  
Redaktionsmitglied**

Kindergartengebühren, Krankenhaus GmbH und Umgang mit Anwohnern, Umgang des OBs mit Gemeinderäten und Bürgern, Stadtplanung langfristig erstellen, oder Bauamt im Bereich Planung auflösen?

**Bitte beachten —  
dies ist ein Aufruf:**

**Georg Mangold, Stadtrat,  
Fraktionsvorsitzender**

Wir (Gemeinderatsfraktion und Vorstand) bitten alle Genossinnen und Genossen und Leser/-innen des Roten Füchslers, uns für die Kommunalwahl Ideen, Anregungen, Themen, Ärgernisse, Positives .... zu nennen, damit wir sie in den Kommunalwahlkampf einbinden können.

**Joachim Schmucker,  
Stadtrat**

Bisher sind wir mit dem "Ehinger Modell" bei der Kinderbetreuung gut gefahren. Das ändert sich mit der Zielgruppe der Kleinkinder und der gewachsenen Anzahl von Alleinerziehenden. Da stimmen die Verhältnisse innerhalb des "Modells" nicht mehr. Bei Geringverdienern/-verdienerinnen mit Kleinkindbetreuungsbedarf muss die Bezuschussung höher werden.

Konsequenter Ausbau der Ganztagsangebote an allen Schulen.

Können wir unser Netz von Grund- und Hauptschulen in den Teilorten auch bei rückläufigen Schülerzahlen halten? Welche Chancen bietet diese Entwicklung den Kindern?

Bürgernähe von Verwaltung und Gemeinderat. Mehr Information, mehr Dialog,

mehr Beteiligungsbereitschaft. Ehingen hat glücklicherweise eine florierende Wirtschaft. Das geht einher mit einem hohen Grünflächenverbrauch. Insbesondere am Nordrand der Innenstadt liegen Gewerbebrachen. Wie wollen wir die künftig nutzen? Könnten Gewerbehöfe für kleinere Gewerbe ein Modell sein? Muss auf die Innenstadtsanierung eine Stadtrandsanierung folgen?

**Gerhard Tessin,  
Redaktionsmitglied**

Wenn die Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat so bleiben, habe ich keine Erwartungen.

Es würde bedeuten, dass es der Mehrheit der Bürger wurscht ist, was, wie und an ihnen vorbei in Ehingen gemacht wird. Die von Georg Mangold in seiner Haushaltsrede erhoffte Stärkung der Bürgerdemokratie kann nur durch eine stärkere Opposition erfolgen. ■

Schuhkauf

**Der Kunde ist der Depp**

Ludwig Dorner

Der Kunde hat fast zeitlebens Probleme, im Schuhgeschäft passendes Schuhwerk zu finden. Immer klemmt oder zwickt oder scheuert es. So beschließt er endlich, in den Gelben Seiten etwas Orthopädisches zu finden. In der Nachbarstadt finden sich gleich drei Geschäfte. Hoffnungsfroh fährt der Kunde hin. Das erste Geschäft verkauft gar keine Schuhe, sondern repariert sie oder fertigt

spezielle Einlagen an. Das zweite Geschäft hat wenig am Lager und lässt ihn in eine Schuhschachtel mit Schaumstoff treten. Nach diesem Maß werde man dann im Hauptgeschäft schon was Passendes finden und es bis in einer Woche hier haben. Notwendiger Zehenraum nach oben und Risthöhe konnten nach der Schuhschachtelmethode natürlich nicht bemessen werden. Entsprechend hat dann das eine herbeigeschaffte Muster auch nicht gepasst. Ratloses Schulterzucken bei weiterem Anprobieren.

Fachgeschäft drei: Beim ersten Besuch ging der Kunde bald auch enttäuscht von dannen. Ein paar wenige Schuhe anprobiert, und keiner passte. Der Kunde hatte irgendwie von genauem Messen und anschließendem Anpassen geträumt ... Nachdem dies offenbar nicht so ist, hat der Kunde beim zweiten Besuch "endlos" viele Modelle und Größen anprobiert, um schließlich mit einem Paar davonzuziehen, das wenigstens nicht gleich überall drückte. Reinschlüpfen und Wohlfühlen ist anders. ■

**(L)eserpost 1**

Hier zwei kleine kritische Rückmeldungen zum jüngsten Füchse, von MIR aus nur für den Redakteur persönlich.

Der Text von Herrn Schmiedel war verdammt DÜNNNNNNNNNN.

Weniger Stolz auf dessen Veröffentlichung ist meines Empfindens naheliegend.

Die Überschrift "der Kunde ist der Depp" kenn ich aus dem Füchse und aus des Redakteurs Feder für mein Empfinden schon mehrfach.

Vielleicht hab ich das auch deshalb als "häufig" in Erinnerung behalten, weil ich immer die Empfindung hatte: Dieser jeweilige Text ist zu lang und zu jammernd. Diese Empfindung habe ich auch hier.

Ich habe die Empfindung (ich betone: die EMPFINDUNG), dass eigenen privaten Problemen sehr großer Raum eingeräumt wird.

Wenn es mehr solcher Texte im Füchse gäbe, von

ANDEREN, sähe es vielleicht anders aus.

Meine Empfehlung: Diese Texte kürzer fassen, an die Seiten unten links platzieren, jeweils zugleich Füchse-Leser auffordern, eigene solche Erlebnisse, solche bitteren Erfahrungen (an deren inhaltlicher Richtigkeit ich nicht im mindesten zweifle) ebenfalls beizusteuern. Wobei es gut sein kann, dass dann nix kommt, oder vielleicht auch krudes Zeug, das dann Bearbeitungsarbeit fordert.

Nix für ungut! :-)

Veit Feger  
Ehingen

**(L)eserpost 3**

Danke fürs Rote Füchse.

Es war wieder eine informative Lektüre.

Schade, dass zwei Beiträge, die ich immer mit großem Interesse gelesen habe, mit dieser Ausgabe zum letztenmal erschienen sind. Okay, die Erweiterung des Baugebietes Rosengarten ist vielleicht begrenzt, aber an Ehingens dunkle Zeiten sollten man doch immer wieder in irgendeiner Form erinnern.

Sicher startet das Rote Füchse in der nächsten Ausgabe wieder mit einer interessanten Serie, oder?

Person, Name und Anschrift der Redaktion bekannt

**(L)eserpost 2**

Die Aprilausgabe ist wieder einmal super gelungen:

- Erfolg bei der Pressezu-lassung - danke
- Gratulation für den Roten Seehas - danke

Karl-Heinz König  
Redaktion Roter Seehas  
Meersburg

**(L)eserpost 4**

Danke, habe mich natürlich erst mal auf die Suche nach dem April-Scherz gemacht und musste auch erst gar nicht erst umblättern!!!

Krieg ich jetzt den Preis?

Grüße,

Detlef Steiger  
Freiburg

**Anmerkungen der Redaktion zur obigen (L)eserpost:**

- Wie der Beitrag des SPD-Fraktionsvorsitzenden im Stuttgarter Landtag als "Gastbeitrag" für 's Rote Füchse einzuschätzen sei, bleibt der Leserschaft des Aprilhefts überlassen. Veit Feger liefert gewiss einen Denkanstoß.
- "Der Kunde ist der Depp" ist eine lose Serie, auf deren Folgen nicht wenige Leser/-innen speziell warten. Dass immer mein Name als "Depp"-Autor darunter stand, heißt nicht, dass es immer meine persönliche Geschichte war. Sie wurde mir auch schon mal mündlich zugetragen und von mir in Textform gebracht. Ich ergreife dennoch gerne die Gelegenheit zum Aufruf: Wer etwas Entsprechendes (Wahres!) zu berichten hat, ist willkommen. Gleichzeitig rufe ich hiermit dazu auf, auch von positiven Erlebnissen zu berichten: "Der Kunde ist der König." — Mal sehen, wie viele Beiträge in beiden Richtungen künftig noch eingehen ...
- Die Serie zu den Straßennamen im Rosengarten lief bekanntlich aus. Mir fiel dabei auf, dass keine der beiden Ehinger Lokalzeitungen jemals auch mit nur einer einzigen Silbe darauf eingegangen wäre — über zweieinhalb Jahre hinweg. Ich halte das für unbegreiflich! Es ist mir aus Ehinger Lokalredaktionen auch schon jemand begegnet, der 's Rote Füchse erhält und dennoch ungläubig fragte, ob wir denn im Rahmen der Rosengartenserie auch diesen und jenen Widerstandskämpfer portraitiert hätten (jeweils solche aus der katholischen Kirche). Ungläubiges Staunen im Gesicht des guten Mannes, dass ein Soziblatt dieses tue. Ein einfacher lesender Blick in unser Blatt hätte allemal genügt um zu wissen, wir haben KEINEN ausgelassen, auch nicht Bischof Sproll ...
- Mit dieser Ausgabe beginnt eine neue Serie: Grundrechte nach der europäischen Grundrechtscharta. Siehe Seite 18.

Ludwig Dorner



Neue Serie

## Charta der Grundrechte der Europäischen Union

**Artikel 1: Die Würde des Menschen ist unantastbar.  
Sie ist zu achten und zu schützen.**

Prof. Dr. Jürgen Meyer (Hrsg.): Charta der Grundrechte der Europäischen Union,  
Nomos-Verlag, 2006

's Rote Füchsle beginnt mit dieser Ausgabe eine neue Serie. Es stützt sich dabei auf einen Kommentar, herausgegeben von Prof. Dr. Jürgen Meyer. Ein "Kommentar" unter Gelehrten ist ein *"Zusatz[werk] mit Erläuterungen u. kritischen Anmerkungen zu einem Gesetzeswerk, einer Dichtung, wissenschaftlichen Ausgabe o. Ä.: ein K. zur Bibel, zum Grundgesetz"* - © Duden - Deutsches Universalwörterbuch, 5. Aufl. Mannheim 2003 [CD-ROM]. — An dem Kommentar wirkten folgende Autoren mit:

Dr. Norbert Bernsdorff, Richter am Bundessozialgericht, Kassel | Dr. Martin Borowsky, Maitre en droit (Aix-en-Provence), Richter am Landgericht, Erfurt | Prof. Dr. Albin Eser, ehemal. Direktor des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht, Freiburg | PD Dr. Sven Hölscheidt, Verwaltung des Deutschen Bundestages, Berlin | Prof. Dr. Siegfried Magiera, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer | **Prof. Dr. Jürgen Meyer, Delegierter des Deutschen Bundestages im Grundrechte- und im Verfassungskonvent der Europäischen Union, Universität Freiburg** | Prof. Dr. Eibe Riedel, Universität Mannheim ■

Zum Artikel 1 ("Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie ist zu achten und zu schützen.") findet sich folgende einleitende Erläuterung:

Die Charta enthält in ihrer Präambel und ihrem ersten Artikel ein herausgehobenes Bekenntnis zur Menschenwürde als Wert, Grundsatz und Grundrecht. Damit verstärkt sie wesentlich die Rechtsstellung und den Rechtsschutz der in Europa lebenden Menschen. Zugleich wird die Charta der wachsenden Bedeutung der Menschenwürde als Konsensprinzip in einer offenen Gesellschaft gerecht. Der Grundrechtekonvent stellte die Würde des Menschen an den Anfang des Grundrechtskataloges, da sie nicht nur ein Grundrecht an sich ist, sondern das eigentliche Fundament aller weiteren Grundrechte bildet und zu deren Wesensgehalt gehört. Als konkretes Vorbild diente den Delegierten Art. 1 Abs. 1 des deutschen Grundgesetzes, dem auch der Wortlaut von Art. 1 erkennbar nachgebildet ist. ■



Die Würde des Menschen  
ist unantastbar.

KZ Oberer Kuhberg, Ulm



## IN EUROPÄISCHEN ZEITUNGEN GELESEN

Quelle: eurotopics@bpb.de

### Neue Mitte-Rechts-Partei in Italien

Italien bekommt eine neue Mitte-Rechts-Partei. Neulich schlossen sich die postfaschistische Alleanza Nazionale (AN) von Gianfranco Fini und die konservative Forza Italia (FI) von Regierungschef Silvio Berlusconi unter dem Namen "Volk der Freiheit" zusammen.

+++ El País - Spanien. Die spanische Tageszeitung El País sieht den Zusammenschluss von Forza Italia und Alleanza Nazionale zur Partei "Volk der Freiheit" in Italien als Vorbereitung der "Post-Berlusconi"-Phase: "[Gianfranco] Fini, einer der besten oder der beste Redner der politischen Klasse Italiens, hat dem Land einen großen Dienst erwiesen, indem er all diejenigen mitgerissen hat, die in Nostalgie für [Benito] Mussolini, Antisemitismus und autoritäre Führung schwelgten und sich nun innerhalb einer liberalen Masse angepasst haben.

Daraus muss man schließen ..., dass er auf eine legitime Nachfolge seines Vorgesetzten, des exotischen und exzentrischen Cavaliere [Silvio Berlusconi], setzt, dem trotz Implantaten und Skalpell eben nur die Jahre bleiben,

die ihm der Kalender zugesteht. Die Zukunft der italienischen Politik, im steten Wandel von Post- zu Post-, sollte sich in Richtung eines soliden Zweiparteiensystems orientieren. Mitte-Rechts und Mitte-Links. Und das ist es, was Fini beabsichtigt. Es scheint keine schlechte Idee." (27.03.2009) +++

+++ Corriere della Sera - Italien. Die liberal-konservative Tageszeitung Corriere della Sera fragt sich, ob der Zusammenschluss der postfaschistischen Alleanza Nazionale (AN) und der konservativen Forza Italia (FI) funktionieren kann:

"Nicht einmal Silvio Berlusconi wird sagen können, ob der Zusammenschluss eine solide, homogene Formation schaffen wird, die die unvermeidbaren Hürden auf ihrem Weg ohne Brüche nehmen kann. Denn es handelt sich nicht um eine gewöhnliche Verschmelzung zweier Parteien, die trotz verschiedener Wege der gleichen Gattung angehören. Die FI und die AN gehören unterschiedlichen Gattungen an. Die erste ist eine Herrschaftspartei, deren ideologischer Zusammenhalt an der Persönlichkeit ihres Gründers (Silvio Berlusconi) hängt. Die AN

hingegen ist eine klassische Partei des 20. Jahrhunderts. Sie hat eine Ideologie, die dank ihres Vorsitzenden, Gianfranco Fini, im Laufe der Jahre trüber geworden ist, die aber als nostalgisches Gefühl einer unbrauchbaren, aber dennoch in den Eingeweiden der Parteimitglieder gegenwärtigen Vergangenheit, überlebt." (27.03.2009) +++ <http://www.corriere.it>

+++ Le Figaro - Frankreich. Die postfaschistische Alleanza Nazionale (AN) habe sich als demokratische Kraft durchgesetzt, meint die französische Tageszeitung Le Figaro zum Zusammenschluss der Partei mit der Forza Italia: "Es ist zugleich ein realistisches und ein mutiges Unterfangen dieser Partei, die ihre nationalistische Identität behauptet. ...

Wird die Nationale Allianz den Umbruch schaffen, ohne ihre Seele zu verlieren? Ihr Chef, Gianfranco Fini, ist davon überzeugt. ... Die Zeiten, in denen Silvio Berlusconi im November 1993 mit seiner Erklärung, er würde bei den Kommunalwahlen für einen neofaschistischen Kandidaten stimmen, wenn er in Rom leben würde - den fast unbekanntem Lokalpolitiker Gianfranco Fini - scheinen weit entfernt. ... ■



# Herzlich willkommen



Zu unseren Veranstaltungen ergeht hiermit  
freundliche Einladung an alle Mitglieder, die Presse  
und eine gesamte interessierte Öffentlichkeit.

**Dienstag**s-Treff  
öffentliche Mitgliederversammlung

<b>5.</b>	<b>Schwert Ehingen</b>
<b>Mai</b>	<b>20.00 Uhr</b>

---

**Kommunal- und Europawahl**

- Aktuelle Viertelstunde
- Aktuelles aus dem Gemeinderat Ehingen
- Aktuelles aus dem Kreistag
- Infostände
- Prospektverteilung
- Europatag mit Europakandidat Alfred Diebold (Mittwoch, 13. 5.)
- Verschiedenes

Nächster Dienstagstreff:  
02. Juni 2009  
**Gaststätte Schwert**

Aufruf zur Teilnahme:  
**Öffentliche Veranstaltung**

<b>1.</b>	<b>Ehingen/ Ulm</b>
<b>Mai</b>	<b>9.00 Uhr</b>

---

**■ Treffpunkt Bahnhof Ehingen 9.00**

Fahrkartengemeinschaften bilden,  
Fahrkarten lösen  
gemeinsame Bahnfahrt nach Ulm

- Eingliederung in Demonstrationszug "Ulm gegen rechts" am Hauptbahnhof
- Teilnahme an Kundgebung DGB Münsterplatz -  
12.30 Uhr Redner: Erhard Eppler  
14.00 Uhr Konzert: Konstantin Wecker
- Rückfahrt ab Ulm HBF mit Fahrkartengemeinschaft absprechen!

**"Europa und Kommunen"**

5. Mai, 19 Uhr, Gaststätte Kreuz, Kreuzstraße 6, Dornstadt  
Mit Peter Simon, unser Kandidat für das Europäische Parlament

Erinnerung

**Kreisjahreshauptversammlung**

Freitag, 8. 5. 2009, 19.30 Uhr  
Brauereigasthof Schwert, Ehingen,  
Am Viehmarkt 8

Aus der Tageordnung:

Verleihung der **Willy-Brandt-Medaille ans Rote Fuchsle**  
(Leserschaft und Macher)  
Leserschaft und Macher sind daher auch herzlich zur Verleihung eingeladen.

**Infostände**  
(immer auf dem Gehweg vor der Marienapotheke)

- Samstag, 9. 5. 9.00 - 12.30 Uhr
- Samstag, 16. 5. 9.00 - 12.30 Uhr
- Samstag, 23. 5. 9.00 - 12.30 Uhr
- *Dienstag*, 26. 5. 9.00 - 12.30 Uhr
- Samstag, 30. 5. 9.00 - 12.30 Uhr
- Samstag, 6. 6. 9.00 - 12.30 Uhr

Bitte um rege Teilnahme! (Zur Not freuen wir uns auch schon über einen freundlichen Gruß von der anderen Straßenseite ;-))

**'s Rote Fuchsle (auch?) per E-Mail: Rotes.Fuechsle@t-online.de**  
Übrigens: E-Mailadressen, die uns fürs Rote Fuchsle genannt werden, verwenden wir für nichts anderes und geben sie selbstverständlich auch an niemand weiter.